

# In die Pflicht genommen

Bei der Wahrung der Walliser Interessen im Eidg. Parlament wechseln sich Erfolg und Misserfolg ab. In dieser Session hat der Rat die Landesregierung bei für uns zentralen Themen in die Pflicht genommen. Doch nur wer hartnäckig dranbleibt und sich möglichst breit vernetzt, hat Aussicht auf Erfolg.

## Lötschberg-Nationalstrasse: nicht aufgeben!

Die Aufnahme des Lötschberg-Autoverlads in die Nationalstrassenliste wurde im Ständerat wie erwartet wieder gestrichen. Es obsiegte das Argument, dass die Verknüpfung von Bahn und Strasse systemwidrig sei. Aus der Sicht der aktuellen Strassenverkehrspolitik ist das zwar nachvollziehbar, denn das Denken in Verbindungen statt Verkehrsträgern bedeutet zweifelsohne ein Para-

digmenwechsel. Aber das heisst auch, dass das Ziel auf höherer Ebene anzupacken ist. Wenn wir die notwendige politische Unterstützung für den gebührenfreien Autoverlad am Lötschberg erhalten wollen, müssen wir noch sehr viel Überzeugungsarbeit leisten. Vor allem bei den Kandertalern. Sie müssen die Gewissheit erhalten, dass sie selber aus dem Gratisautoverlad auch ihren Nutzen ziehen können. Im Moment herrscht dort noch sehr viel Skepsis, was den Öffnungswillen der Walliser betrifft.

## Gefahrgut-Verlagerung: Bundesrat in der Pflicht

Erfreulicherweise setzte der Nationalrat durch, dass der Bundesrat mehr für die Verlagerung von Gefahrgut auf die Schiene tun muss. Dies insbe-

sondere im Hinblick auf die Schliessung des Gotthardtunnels während der Sanierung. Es waren die letzten offenen Punkte einer Motion aus dem Ständerat. Der Bundesrat wehrte sich mit dem Hinweis, dass bereits viel getan wird und dass wir sonst mit internationalen Abkommen in Konflikt geraten könnten. Doch wir an der Simplonachse wissen aus eigener Anschauung, dass der Gefahrguttransport auf der Strasse noch sehr viel Verbesserungen braucht. Gegen die Walliser Interessen stimmten übrigens einmal mehr die gesamte SVP sowie die Freisinnigen.

## Leistungsvereinbarung mit Bahnen: Konsolidierung vor Weiterausbau

Das neue Bahngesetz, über das wir in der letzten Legislaturperiode befunden haben, brachte

eine Neuaufteilung der Zuständigkeiten von Bund und Kantonen im Bahnwesen. Bei der nun vorliegenden Finanzierungsvorlage 2013 bis 2016 ging es erstmals auch um einen Verpflichtungskredit für die Privatbahnen. Bisher gab es solche Leistungsvereinbarungen nur mit den SBB. Das Augenmerk liegt in den nächsten vier Jahren auf dem Substanzerhalt. Priorität haben die Garantie eines hohen Sicherheitslevels, die Sicherung der Netzkapazität, die Produktivitätssteigerung und die Abstimmung der Transportunternehmen untereinander. Erweiterungen der Bahninfrastruktur sind nur in kleinem Rahmen vorgesehen. Von den insgesamt 9,5 Milliarden Franken sollen die Privatbahnen 2,8 Milliarden erhalten. Zusammen mit der Erhöhung des Zahlungsrahmens und der Anpas-

sung der Trassenpreise ab 2013 stehen den Bahnen für den Unterhalt damit deutlich mehr Mittel zur Verfügung als bis anhin. Nach den Ausbauphasen der letzten Jahrzehnte ist das richtig. Diese Konsolidierung braucht es, um dann die bestehenden Lücken wie den Vollausbau der NEAT Lötschberg umso rascher zu schliessen.

## Hochspannungsnetz: Faire Kostenteilung durchsetzen

Am Freitag, dem letzten Tag der Herbstsession, eröffnete Doris Leuthard die Vernehmlassung zur Energiestrategie 2050. Ein zentrales Element ist die Erneuerung und der Ausbau des Stromleitungsnetzes. Das Wallis als Stromproduktions- und Transitzkanton ist davon sehr stark betroffen. Bedingt durch die Topografie und den Anspruch von

Tourismus und Bevölkerung an ein intaktes Landschaftsbild stellen sich gerade hier in Bezug auf Linienführung und Erdverlegung grosse Herausforderungen. Um zu verhindern, dass dem Kanton daraus überdimensionierte Kosten entstehen, habe ich eine Motion zur Lastenverteilung beim Bau von Überlandleitungen eingereicht. Und um die Wichtigkeit des Anliegens zu unterstützen, doppelte Ständerat René Fournier in der kleinen Kammer nach.



Nationalrätin Viola Amherd